

Adorfer Grenzboten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Delsitz, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft und des Stadtrates zu Adorf.

Fernsprecher Nr. 14.

Verantwortlicher Schriftleiter, Drucker und Verleger: Otto Meyer in Adorf

Tel.-Adr.: Grenzboten

Nr. 134 Postfach-Konto Leipzig 373 69.

Sonntag, den 11. Juni 1922.

Gründungs-Jahr 1848 Adorf 118 Jahrg. 87.

Städt. Freibank.

Sonnabend nachm. ab 5 Uhr und Sonntag früh ab 1/8 Uhr

Rindfleischverkauf,

das Pfd. 15 Mk.

Wo steckt das deutsche Geld?

Diese Frage ist schon wiederholt aufgeworfen worden und sie muß erneut gestellt werden, da die Reparationskommission in Paris den Umlauf des Papiergeldes uns bekanntlich beschränkt. Die Gesamtmenge der Banknoten beläuft sich auf etwa drei Milliarden Mark auf je eine Million Einwohner, den Säugling in der Wiege mitgerechnet. Eher mehr als weniger. Was macht also mindestens 3000 Mark auf den Kopf aus. Fremde Valuta und sonstige Zahlungsmittel sind nicht gerechnet.

Die großen Zahlungen werden nicht in Papiergeld, sondern in Wechseln, Schecks, Ueberweisungen usw. geleistet. 3000 Mark in Noten auf den Kopf gerechnet sind also überreichlich, denn das Papiergeld soll nicht aufgeschichtet, sondern zur Begleichung der Tagesausgaben verwendet werden. Natürlich wird es gehamstert, denn sonst hätten nicht fortwährend neue Milliarden gedruckt zu werden brauchen. Von der Teuerung allein hängt die Summe des notwendigen Geldes nicht ab, je teurer alles ist, um so schneller müssen Lohn, Gehälter und dergleichen wieder ausgegeben werden, diese Beträge bleiben also im Verkehr. Erst, wenn das nicht der Fall ist und gehamstert wird, tritt die Knappheit an Zahlungsmitteln ein, und die Schnellpresse muß Ueberstunden machen.

Wir müssen zugeben, daß in manchem Versted Banknoten liegen, von denen die Steuer keine Ahnung hat, aber es ist doch zweifellos, daß die Leute, die bei uns große Gewinne machen, diese nicht in Papiergeld hinterlegen. Das ist völlig untaufmännisch, durch eine solche Praxis wird der erzielte Gewinn wieder aufgezehrt. Die deutschen Geldhamsterer sind so etwa aufgezehrt. Die 200—300 000 Mark, das sind natürlich auch schon respektable Summen, aber im Verhältnis zu den Dutzenden von Milliarden kommen sie doch nicht in Betracht.

Das Interesse am Geldhamster ist am stärksten an den internationalen Börsenplätzen, die die deutsche Mark nicht als Geld, sondern als Spielobjekt betrachten, und zwar heute mehr als je, wo der Augenblick doch endlich heran kommen muß, in dem über die Stabilisierung der Mark entschieden wird. Dann beginnt für die Leute im Auslande der große Fischzug, in dem die Auseinandersetzung zwischen Dollar und Mark stattfindet, die sich in Deutschland in der Verringerung der Preise vor allen Dingen kund tun wird.

Die Hauptmenge der gehamsterten Marknoten steckt also wohl im Auslande, und deshalb sollte die Reparationskommission in Paris mit ihrer Verfügung über die Einschränkung der Papiergeldfabrikation nicht einseitig handeln, sondern sich die Hamsterei in den Entente-Ländern genau betrachten. Durch diese Hamsterei und Spekulation ist der Kurs der Mark noch tiefer herabgedrückt worden, als es das internationale Vertrauen zu Deutschland rechtfertigt. Gewiß, die Hauptschuld trägt der Versailler Vertrag. Solange dessen unerfüllbare Lasten auf uns ruhen, ist an eine nennenswerte Erholung der Mark nicht zu denken. Aber das gefährliche Spiel, das an den Börsen von Newyork und London mit dem deutschen Gelde getrieben wird, macht die Not noch schlimmer. Ihm muß der Garauz gemacht werden. Wir haben ja an beiden Börsenplätzen nichts zu sagen, konnten also nichts dagegen tun. Aber die Entente, die es konnte, wusch ihre Hände in Unschuld, denn mit den Spekulationsreisen wollte man es nirgendwo verderben. Man redet und redet und hilft uns praktisch nicht einmal da, wo selbst Frankreich zur Hilfe „theoretisch“ bereit wäre.

Frankreichs Starrköpfigkeit.

Die Beratungen des Anleihe-Komitees.

Durch die starrköpfige Haltung Frankreichs sind die Verhandlungen des Anleihe-Komitees sehr erschwert worden. Wohl ist diesem von der Mehrheit der Reparations-Kommission unbedingte Freiheit in der Beratung gegeben worden. Diese Mehrheit vertritt aber nur 40 Proz. der Gesamtforderungen an Deutschland, während das renitente Frankreich allein auf 62 Proz., also den größeren Teil aller Reparations-

forderungen Anspruch hat. Unter diesen Umständen ist es sogar fraglich geworden, ob das Anleihekomitee überhaupt seine Beratungen fortsetzen kann. So weiß „Chicago Tribune“ zu berichten, daß Morgan sich jeder weiteren Prüfung der Anleiheverhandlungen widersetze, solange keine Einstimmigkeit unter den Alliierten wegen der Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen erzielt ist.

In langen, teilweise angeblich sehr bewegten Sitzungen am Donnerstag und Freitag, die von entscheidender Bedeutung werden können, beschäftigte sich das Anleihekomitee mit diesen Fragen. Zu welchem Ergebnis man kam oder kommen wird, ist noch nicht bekannt, da die Bankiers strengstes Stillschweigen bewahren. Alle Angaben, die die Pariser Blätter hierüber machen, beruhen also mehr oder weniger auf Kombinationen. Trotzdem treten immer deutlicher

drei Möglichkeiten

hervor. Die eine ist die, daß das Komitee doch zu dem Entwurf einer großzügigen Anleihe kommt, die Deutschland die Möglichkeit zur vollständigen Tilgung der gesamten, natürlich angemessen verringerten Reparationsschuld gibt. Die andere ist die einer 1-Milliarden-Dollar-Anleihe, die über ein oder zwei Jahre hinweghilft, das eigentliche Reparationsproblem aber unberührt läßt. Später kann man dann weiter sehen. Das wäre die, die Frankreich unter den jetzigen Umständen am sympathischsten zu sein scheint. Neuerdings taucht in den Blättern ein

neuer Kompromißvorschlag Bradburys,

des englischen Delegierten in der Reparationskommission, auf. Dieser Vorschlag will, ohne die Gesamtschuld Deutschlands zu reduzieren, die deutschen Zahlungen für eine Zeitdauer von 20 Jahren aufschieben. Angeblich soll Frankreich hiergegen keine weiteren Einwände erheben wollen.

Bei all diesen, von den französischen, englischen und amerikanischen Blättern handelt es sich aber — das sei nochmals betont — mehr oder weniger um Kombinationen, bei denen vielleicht auch manchmal mehr der Wunsch als der Vater des Gedankens anzusehen ist. Zu welchem Ergebnis das Morgan-Komitee tatsächlich kommen wird, oder vielleicht auch bereits gekommen ist, ist aus ihnen gar nicht zu ersehen. Diesbezüglich wartet man am besten die amtliche Neupferung dieses Komitees selbst ab.

Die Berliner Reise des Garantiekomitees.

Das „Journal“ meldet, das Garantiekomitee werde am Dienstag nach Berlin abreisen. Es wird aus den Delegierten, Stellvertretern und dem Chef des Finanzdienstes einer jeden Delegation bei der Reparationskommission bestehen. Für Frankreich sind dies der Generalkontrollleur Baucalre, der Finanzinspektor Minosse; für Belgien Bemelmans und Ferichs; für England Remball Cook und Veith Kof; für Italien d'Ameglio und Graciadei.

Die Ermordung Erzbergers.

Der Prozeß gegen Kapitänleutnant Rilling.

Offenburg, 9. Juni.

Den Höhepunkt der bisherigen Zeugenaussagen bildet die Schilderung des Kriminaloberinspektors Schumacher, der den Erzberger-Mördern in Budapest nachforschte. Ein Reichsdeutscher beobachtete in Budapest im November 1921 zwei junge Herren, die sich an einem Kiosk eine deutsche Zeitung kauften. Am 20. Dezember 1921 begenete der Reichsdeutsche den beiden Herren zufällig wieder auf der Straße. Da er inzwischen die Bilder von Schulz und Lillessen gesehen hatte, fielen ihm die beiden sofort auf.

Die Ermittlung ergab, daß Schulz und Lillessen von Mitte November bis zum 22. Dezember in Ungarn in verschiedenen erstklassigen Hotels wohnten, und zwar unter verschiedenen falschen Namen. Seit dieser Zeit ist jede Spur von ihnen verloren, obwohl die deutschen Kriminalbeamten noch in mehreren ungarischen Städten nach ihnen fahndeten. Ein Verkäufer in einem Bekleidungsgeschäft, wo Lillessen einen ungarischen Leberzieher für 6000 Kronen kaufte, Friseur, Hotelmädchen und Hotelangestellte erkannten auf Grund der ihnen vorgelegten Photographien mit aller Bestimmtheit Schulz und Lillessen wieder, so daß kein Zweifel darüber besteht, daß sich die beiden im November und Dezember 1921 in Budapest aufgehalten haben.

Die ungarischen Polizeibehörden, die auf die mutmaßlichen Mörder Erzbergers aufmerksam gemacht wurden, lehnten wiederholt die Verhaftung der beiden ab.

Deutsches Reich.

— Berlin, 10. Juni 1922.

Der Terror in Oberschlesien hat noch immer keine Ende gefunden. Besonders macht sich in vielen Orten das unerhörte Treiben einer polnischen „Räumungskommission“ geltend, die die Deutschen dadurch zur Auswanderung zwingt, daß sie ihnen die Möbel auf die Straße setzt. Etwas günstig scheint allerdings die Ausdehnung des Belagerungszustandes gewirkt zu haben. In den ländlichen Orten hat man teilweise energisch zugegriffen, so daß sich ein Teil der Unruhestifter verzogen hat. Aus mehreren Orten werden jedoch immer noch Ueberfälle von stark bewaffneten Bänden gemeldet, die im Plündern und Deutschenmißhandeln ihre verwerfliche Aufgabe sehen. — Nach Berichten aus Kattowitz gibt die Beldon-Hütte bekannt, daß sie wegen der durch Drohungen veranlasseten Abwanderungen von Facharbeitern der Verfeinerungsbetriebe die Beldon-Fabrik hat außer Betrieb setzen müssen.

Nachträge zum Eisenbahnerstreik. Die Magdeburger Haupttrabelführer im Eisenbahnerstreik, Eisenbahningenieur Heinemann, Eisenbahnassistent Geibrod und Lokomotivführer Stapel wurden von der Magdeburger Disziplinarkammer wegen systematischer Streikhebe zur Dienstentlassung ohne Pension verurteilt. — Die Gewerkschaften wollen nach der Rückkehr des Kanzlers erneut den Versuch machen, diesen in der Frage der Disziplinierungen wegen des Eisenbahnerstreiks zu einer Aenderung seiner bisherigen Haltung zu veranlassen. Es wird vor allem angestrebt, eine Art Amnestie für die aus dem Dienst entlassenen Beamten zu erzielen, die bereits vor den Disziplinarkammern ihre Aburteilung gefunden haben.

Das neue braunschweigische Landtagspräsidium wurde in der ersten Sitzung des Landtages nach Pflingsten gewählt. Präsident wurde der Abg. Genzer (U. S.), Vizepräsidenten die Abg. Wessel (D. Sp.), Schulz (S. P. D.) und Dr. Müller (Bürg. Arb.).

Gegen die geforderten Bahnzerstörungen im Rheinland erheben der Verein für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie und das Rheinische Braunkohlenyndikat in einer Entschließung Einspruch, in der es heißt: „Die geforderten Maßnahmen bedeuten die Zerstörung produktiver Werte und die Unterbindung der Entwicklung des Wirtschaftslebens am Rhein. Die Vertretungen des rheinischen Braunkohlenbergbaues erwarten von der Reichsregierung, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf dringt, daß der Botshafterrat von der Durchführung der rheinischen Verkehrsleben und die Weiterentwicklung des rheinischen Braunkohlenbergbaues schwer schädigenden Maßnahmen abstieht.“

Vor einer neuen Lohnbewegung der Beamten und Staatsarbeiter? Das Fortschreiten der Teuerung hat auch in diesem Monat wieder eine Lohnbewegung der Staatsarbeiter zur Folge, und aller Wahrscheinlichkeit nach dürften auch die Beamten mit einer Gehaltserhöhung an die Regierung herantreten. Noch im Laufe dieses Monats dürften die Großorganisationen zu einer gemeinsamen Besprechung zusammentreten, um dann ihre Forderungen zu formulieren und der Regierung bestimmte Vorschläge zu unterbreiten, die sich voraussichtlich auf der Basis des Anwachsens der Indexkoeffizienten bewegen werden.

Französische Handelsespionage in Deutschland. Wie die Essener Handelskammer erfahren hat, bereist zur Zeit ein französischer Kaufmann angeblich im Auftrag eines französischen Wirtschaftsverbandes Deutschland mit der Weisung, deutsche Werke hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit für den Wiederaufbau zu besichtigen und über Preise, Lieferungsbedingungen usw. zu berichten. Offenbar liegt französische Handelsespionage vor.

Die Höchstsummen für die Besetzungskosten. In dem vom Obersten Rat gefaßten Beschluß über die Besetzungskosten sind für die einzelnen Armeen folgende Höchstsummen festgesetzt worden: für die französische Armee 440 Millionen Francs, für die belgische 102 Millionen Francs und für die englische Armeen 2 Millionen Pfund Sterling für das Jahr.

Auslands-Rundschau.

Die Teilnehmer an der Haager Konferenz.

Wie aus dem Haag gemeldet wird, haben bisher zwölf Staaten die Einladung zu der Konferenz offiziell angenommen. Der Termin für die Teilnahme an der Konferenz ist neuerdings um mehrere Tage verlängert worden. Im Friedenspalais herrscht lebhaftes Tätigkeits.